

---

**Vorsitz: Deutschland****959. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 4. November 2020 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)
- Beginn: 10.05 Uhr  
Schluss: 12.05 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin G. Bräutigam

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte die Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die Modalitäten für diese Hybridsitzung des FSK während der COVID-19-Pandemie, die gemäß FSC.GAL/109/20 durchgeführt wird.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER DIE ABHALTUNG EINES SEMINARS ZUR MILITÄRDOKTRIN AUF HOHER EBENE**

Vorsitz

**Beschluss:** Das FSK verabschiedete den Beschluss Nr. 6/20 (FSC.DEC/6/20) über die Abhaltung eines Seminars zur Militärdoktrin auf hoher Ebene; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Vereinigte Staaten von Amerika

Punkt 2 der Tagesordnung: **ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN**

- (a) *Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/297/20) (FSC.DEL/298/20) (FSC.DEL/298/20/Add.1), Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/299/20),

Vereinigtes Königreich, Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation (Anhang 1)

- (b) *Zur Lage im Südkaukasus:* Armenien (Anhang 2), Aserbaidshan (Anhang 3), Türkei
- (c) *Zur Unterzeichnung des „Enhanced Defense Cooperation Agreement“ zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Polen:* Russische Föderation (Anhang 4), Vereinigte Staaten von Amerika

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Informelles Treffen zur Durchführung von Hilfsprojekten betreffend SALW und SCA im OSZE-Raum, am 12. November 2020 und ein Treffen zu Leitlinien für Hilfsprojekte am 17. November 2020:* FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend SALW und SCA (Österreich)
- (b) *Terroranschlag in Wien am 2. November 2020:* Österreich, Frankreich

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 11. November 2020, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

**959. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 965, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

unser Standpunkt bezüglich des innerukrainischen Konflikts ist unverändert – es muss eine vollständige Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets vom 12. Februar 2015 durch einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Lugansk erfolgen. Die Russische Föderation ist als Vermittler neben der OSZE, Deutschland und Frankreich bereit, dies auf jede erdenkliche Art und Weise zu erleichtern.

In etwas über einem Monat, am 9. Dezember, jährt sich das Gipfeltreffen von Paris im „Normandie-Format“. Wir bedauern, dass aufgrund der destruktiven Haltung der ukrainischen Regierung bislang nur zwei der sieben Vorgaben umgesetzt wurden, die die Staats- und Regierungschefs der Länder des „Normandie-Formats“ erteilten, und auch das nur teilweise. Die ukrainische Regierung vermeidet es nach wie vor, mit dem Donbass eine Einigung über die rechtlichen Aspekte seines Sonderstatus herbeizuführen. Die sogenannte Steinmeier-Formel ist nicht in ukrainische Gesetzgebung übernommen worden. Es gab keine Fortschritte bei der Erzielung einer Übereinkunft über neue Gebiete für die Entflechtung von Truppen und Material an der Kontaktlinie oder für die Minenräumung. Es wurden noch immer keine neuen Kontrollposten an der Kontaktlinie in der Nähe der Siedlungen Schtschastja und Solote in der Region Lugansk eröffnet. Wir erwarten von der ukrainischen Regierung, dass sie ihre Zeit sinnvoll nutzt, und alle Anstrengungen unternimmt, um die Vorgaben des „Normandie-Formats“ in konkrete Vereinbarungen in der Trilateralen Kontaktgruppe umzusetzen.

Trotz der Deeskalation der militärischen Lage im Donbass nach dem Inkrafttreten der Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe am 27. Juli wird an der Kontaktlinie weiterhin geschossen. Mehrfach hat die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) über die unruhige Lage in der Nähe der Filterstation in Donezk berichtet. Medienberichten aus Donezk zufolge mehrten sich Berichte über den Beschuss von Gebieten, die nicht von der ukrainischen Regierung kontrolliert werden, wobei großkalibrige Mörser und Panzerabwehrlenkflugkörper eingesetzt werden. Am 29. Oktober wurde in der Nähe der Siedlung Nabereschnje in der Region Donezk ein Soldat durch einen von einer Kampfdrohne abgeworfenen Sprengsatz getötet. Wir vertrauen darauf, dass die SMM diese Informationen zur Kenntnis nehmen und in ihre wöchentlichen Berichte aufnehmen wird.

Unter diesen äußerst schwierigen Umständen sind Friedenssignale aus der ukrainischen Hauptstadt notwendig. Offensichtlich zieht es die Führung des Landes vor, andere Prioritäten zu setzen. Präsident Wolodymyr Selenskyj stellte am 20. Oktober fest, dass der Verteidigungshaushalt der Ukraine 2020 der größte in seiner Geschichte sei (über 4 Milliarden US-Dollar) und setzte sich zum Ziel, ihn auf ähnlichem Niveau zu halten. Die Errichtung zweier Marinestützpunkte am Schwarzen Meer wurde angekündigt zusammen mit der Fortsetzung der Politik, die Interoperabilität mit den Streitkräften der NATO-Mitgliedsländer zu verbessern. Am selben Tag kündigte der ukrainische Verteidigungsminister Andriy Taran die Lieferung von „Neptun“-Raketensystemen zur Küstenverteidigung an die Streitkräfte der Ukraine an, die als Mittel zur „Abschreckung“ im Schwarzen und Asowschen Meer eingesetzt werden sollen. Die Minsker Vereinbarungen wurden mit keinem Wort erwähnt. Es ist offensichtlich, dass Fortschritte im Hinblick auf eine umfassende friedliche Lösung durch den mangelnden politischen Willen der ukrainischen Führung vereitelt werden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Gewalt im Donbass noch länger anhält. Die ukrainische Regierung sollte die Strafaktion gegen die Zivilbevölkerung im Donbass unverzüglich einstellen, ihre Waffen abziehen und an die ausgewiesenen Lagerstätten bringen, illegale Gruppen entwaffnen und ausländische Militärausrüstung und Söldner aus der Ukraine abziehen. Die unmenschliche sozioökonomische Blockade des Donbass sollte aufgehoben und der Region selbst unverzüglich ein Sonderstatus eingeräumt werden. Alle Verpflichtungen der Ukraine aus den Minsker Vereinbarungen müssen erfüllt werden. Politische und sicherheitspolitische Maßnahmen sind eng miteinander verknüpft und sollten gleichzeitig umgesetzt werden. Wir betonen die direkte Verantwortung der ukrainischen Regierung für die praktische Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets.

Die anhaltende Krise in der Ukraine ist das Ergebnis des Staatsstreichs vom Februar 2014, der vom Ausland aus orchestriert, finanziert und organisiert wurde und zur bewaffneten Konfrontation im Donbass und zum Leid von Millionen ukrainischer Zivilisten geführt hat. Seit mehr als sechs Jahren bilden die westlichen Partner die ukrainischen Streitkräfte aus und stellen sie mit Waffen und Ausrüstung aus. Das jüngste Beispiel stammt vom Oktober, als die Verteidigungsminister der Ukraine und des Vereinigten Königreichs ein Memorandum über die Verstärkung der Zusammenarbeit im militärtechnischen Bereich unterzeichneten, das die Lieferung moderner Präzisionswaffen an die Ukraine, die Errichtung militärischer Produktionsanlagen und den Bau militärischer Infrastruktur für die ukrainischen Marine vorsieht. Einmal mehr betonen wir, dass diese Aktionen der „Kriegspartei“ in Kiew mit ihren kriegerischen Bestrebungen gegenüber dem Donbass Auftrieb geben und der Deeskalation der Spannungen in der Ukraine, die die westlichen Partner des Landes regelmäßig fordern, nicht zuträglich sind.

Die Russische Föderation leistet weiterhin humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Lugansk. Am 29. Oktober machte sich der 99. Konvoi von Fahrzeugen des Russischen Ministeriums für Katastrophenschutz mit einer Ladung von Gütern und medizinischer Ausrüstung mit einem Gesamtgewicht von rund 120 Tonnen auf den Weg in die Region. Sobald sie die Staatsgrenze erreicht hatten, durchliefen die LKW an den Kontrollposten Donezk und Matwejew Kurgan die notwendigen Zollverfahren im Einklang mit den internationalen Rechtsvorschriften für die Lieferung humanitärer Hilfsgüter. Wie zuvor nahmen ukrainische Grenz- und Zollbeamte an der Sicht-

kontrolle des humanitären Konvois teil. Wir halten die Versuche einer Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten, das heikle Thema der humanitären Hilfeleistung an die Krisenregion zu politisieren, für inakzeptabel.

Abschließend fordern wir die OSZE, die internationalen Partner und die externen „Einflüsterer“ der Ukraine auf, größtmöglichen Einfluss auf die ukrainische Führung zu nehmen, um sie dazu zu veranlassen, dem innerukrainischen Konflikt so bald wie möglich auf der Grundlage des (vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gebilligten) Minsker Maßnahmenpakets und durch den direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Lugansk ein Ende zu setzen.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

---

**959. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 965, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ARMENIENS**

Frau Vorsitzende,

zunächst möchte ich unsere Solidarität mit unseren österreichischen Freundinnen und Freunden und Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck bringen. Wir beten für die Menschen in Österreich. Armenier aus Arzach kämpfen seit mehr als einem Monat gegen den von der Türkei und Aserbaidschan geförderten internationalen Terrorismus und wir kennen die verbrecherische Natur dieser Gruppen.

Seit mehr als einem Monat dauert nun der Krieg gegen die Republik Arzach und ihr Volk an, den die Dreierallianz aus der Türkei, Aserbaidschan und ausländischen terroristischen Kämpfern und dschihadistischen Gruppen losgetreten hat. Das aserbaidische Militär führt Angriffe unter Einsatz aller Waffen in seinem Besitz durch, darunter Kampfdrohnen (UAV), Luftfahrzeuge, Hubschrauber und Panzer mit einer großen Zahl von Bodentruppen bestehend aus Aserbaidschanern, Terroristen, Söldnern und türkischen Sondereinsatzkräften.

Dieses aktualisierte Bild zeigt ganz klar das Ausmaß der Aggression. Bis heute haben die aserbaidischen Streitkräfte folgende Verluste erlitten: 252 UAV, 16 Kampfhubschrauber und 25 Kampfflugzeuge, 698 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, sechs thermobarische Raketenwerfer vom Typ „TOS“ und drei Mehrfachraketenwerfer (zwei „Smertsch“ und ein „Uragan“). Die von der armenischen Seite gezählten Verluste der aserbaidischen Truppen belaufen sich derzeit auf 7 155. Diese Zahl umfasst auch die Verluste unter den ausländischen terroristischen Kämpfern und türkischen Kräften, die in Bergkarabach kämpfen. Hätte man den von Aserbaidschan im Rahmen des jährlichen Austauschs übermittelten Informationen vertrauen können, dann hätte dies bedeutet, dass fast 50 bis 60 Prozent seiner militärischen Ausrüstung zerstört worden wären.

Unsere Delegation informiert unsere Partner in der OSZE auch regelmäßig über die Zerstörung, die von den aserbaidischen Angriffen auf die Zivilbevölkerung und Infrastruktur von Arzach angerichtet wird. Die türkisch-aserbaidische Aggression gegen Arzach hat viele Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert – 45 Zivilisten wurden getötet und 141 verletzt. Über 17 800 unbewegliche und bewegliche Güter sowie Objekte ziviler Infrastruktur (darunter Industrieanlagen) wurden zerstört oder beschädigt.

Durch die türkisch-aserbaidischen Angriffe wurden viele Schulen und Kindergärten in Arzach beschädigt. Kindern in Arzach wird die Bildung, auf die sie ein Recht haben, vollständig vorenthalten. Zehn von 58 Kindergärten und 61 von 220 Schulen wurden beschädigt.

Wir haben bereits früher über die Verletzungen der Verpflichtungen Aserbaidischs in Bezug auf die humanitären Waffenruhen gesprochen, die durch die aufeinanderfolgenden Vermittlungsbemühungen aller drei Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe zu Stand kamen. Alle drei Male hat die politisch-militärische Führung Aserbaidischs, angestiftet von der Türkei, offen ihre völlige Missachtung der Aufrufe der internationalen Gemeinschaft demonstriert und die Aggression gegen Arzach und Armenien fortgesetzt.

Am 30. Oktober wurde in Genf bei dem Treffen der Außenminister Armeniens und Aserbaidischs unter Teilnahme der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE und des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden vereinbart, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht nicht absichtlich auf die Zivilbevölkerung oder nicht-militärische Objekte zu zielen. Doch bereits wenige Stunden nach der Veröffentlichung der Presseerklärung der Kovorsitzenden nahm das aserbaidische Militär den Beschuss von Stepanakert, Schuschi und anderen Siedlungen in Arzach wieder auf. In diesem Video können Sie das Ergebnis sehen:

<https://twitter.com/ArmenianUnified/status/1322441588828708865?s=20>.

Ferner hat Aserbaidischs beschlossen, eine neue Munition einzusetzen – weißen Phosphor –, der nach dem humanitären Völkerrecht verboten ist. Armenien hat die Organisation für das Verbot chemischer Waffen bereits auf diese Tatsache aufmerksam gemacht und ersucht, eine Untersuchung über den Einsatz der Munition durch Aserbaidischs einzuleiten, die, wenn sie gegen zivile Siedlungen oder in ihrer Nähe eingesetzt wird, als chemischer Angriff gilt. Das Vorgehen Aserbaidischs hat auch Auswirkungen auf die Umwelt. Seit drei Tagen lodern Waldbände in Arzach, die auf gezielte Angriffe des aserbaidischen Militärs auf Waldgebiete in verschiedenen Gemeinden sowie gegen die Flora und Fauna von Arzach zurückzuführen sind. Hier können Sie Videoaufnahmen von einem solchen Angriff sehen: <https://www.youtube.com/watch?v=0NLASjID5Iw>.

Gestern wurde Stepanakert von „Smertsch“-Mehrfachraketenwerfern beschossen. Unter den Zielen war auch das Mutter-Kind-Gesundheitszentrum. Drei weitere Raketen wurden in Richtung Schuschi abgefeuert. Journalisten, die in Stepanakert arbeiten, berichteten, dass angeblich erneut Streubomben eingesetzt wurden. Mindestens zwei Zivilisten wurden dadurch verletzt.

Die Aggression der Dreierallianz beschränkt sich nicht auf das Gebiet der Republik Arzach. Am 2. November schossen aserbaidische Kräfte erneut mit Artillerie auf Stellungen der armenischen Streitkräfte im Dorf Davit Bek in der südlichen Provinz Syunik. Dabei wurde ein Zivilist getötet, zwei weitere wurden verletzt. Gestern wurden die Artillerieangriffe fortgesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Aserbaidschan fühlt sich nicht mehr an die einschlägigen Normen des Völkerrechts gebunden. Die Triebfeder seiner aggressiven Politik ist die Völkermordstrategie der vollkommenen Vernichtung des Volkes von Arzach.

Heute, wie vor 30 Jahren, kämpft das Volk von Arzach für seine grundlegenden Menschenrechte, darunter das Recht in Würde und Freiheit in seiner angestammten Heimat zu leben.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vom ersten Tag an haben wir von der direkten Beteiligung der Türkei an den Kampfhandlungen gesprochen, von der Planung bis zur Durchführung militärischer Aktionen. Wir haben konkret über die Unterstützung der aserbaidschanischen Bodentruppen durch die türkischen Luftstreitkräfte und die Befehls- und Kontrollfunktionen, die während der Luftangriffe auf die Städte und Bevölkerung Arzachs und Armeniens wahrgenommen wurden, gesprochen.

Am 24. Oktober tauchten glaubwürdige Berichte aus einigen offenen Quellen auf, wonach eine etwa 1 200 Mann starke türkische Sonderkommandobrigade entsandt wurde, um an den Kämpfen in Arzach teilzunehmen. Später berichteten die Verteidigungskräfte von Arzach, dass in den Bergen und Wäldern innerhalb des Gebiets von Arzach Spezialeinsatzgruppen gesichtet worden waren. Sie waren hauptsächlich in den Gebieten um Schuschi, der zweitgrößten Stadt Arzachs, konzentriert. Am 2. November töteten die Verteidigungskräfte von Arzach etwa 20 Soldaten der türkischen Spezialeinsatzgruppe bei Kämpfen in der Nähe des Dorfes Avetaranots in der arzachischen Region Askeran.

Ein weiterer Aspekt der Beteiligung der Türkei ist die Lieferung von Rüstungsgütern. Seit dem Beginn des Angriffs haben die Militärtransportflüge und Waffentransfers aus der Türkei nach Aserbaidschan stark zugenommen. Auf der letzten FSK-Sitzung am 21. Oktober präsentierten wir einige Zahlen, die von der Vereinigung türkischer Exporteure zusammengestellt worden waren. Aus der Aktualisierung dieser Zahlen geht hervor, dass Aserbaidschan in den ersten zehn Monaten des Jahres 2020 militärische Ausrüstung im Wert von insgesamt 224 Mio. USD von der Türkei gekauft hat. Zum Vergleich: die Verkaufszahlen für militärische Ausrüstung an Aserbaidschan betragen in den ersten neun Monaten von 2019 lediglich 20,7 Mio. USD.

Im Oktober 2020 beliefen sich die türkischen Exporte militärischer Güter nach Aserbaidschan auf ungefähr 101,3 Mio. USD, nachdem die monatlichen Verkäufe türkischer Militärgüter nach Aserbaidschan von ungefähr 280 000 USD im Juli auf 36 Mio. USD im August und auf 77,1 Mio. USD im September sprunghaft angestiegen waren.

Aserbaidschan wird jedoch nicht nur mit Ausrüstungsgütern aus der Türkei beliefert, sondern ist auch selbst am Schmuggel mit großen Mengen an Waffen und ausländischen terroristischen Kämpfern beteiligt. Täglich werden von aserbaidschanischen zivilen und Frachtfluglinien Flüge zu Militärflugplätzen in verschiedenen Ländern, darunter auch

Afghanistan und Libyen, durchgeführt. Sieht man sich die Zielorte der aserbaidischen Flüge genauer an, ist es nicht schwer, auf den Inhalt der Transfers zu schließen.

Frau Vorsitzende,

zusätzlich zu den Waffen versorgt die Türkei Aserbaidschan weiterhin mit ausländischen Terroristen und Dschihadisten. Bis jetzt haben die Verteidigungskräfte von Arzach zwei terroristische Kämpfer gefangen genommen, die an den militärischen Auseinandersetzungen gegen Arzach beteiligt waren. Sie haben bestätigt, dass sie von der Türkei angeworben wurden, wobei man ihnen bis zu 2 000 US Dollar pro Monat versprach sowie eine zusätzliche Belohnung von hundert Dollar für jeden Kopf eines „Ungläubigen“, wie sie die Soldaten der Verteidigungskräfte nennen.

Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) verfolgt weiterhin den Prozess der Anwerbung von Terroristen und ihre Verlegung nach Aserbaidschan. Gestern gab SOHR bekannt, dass ein neues Kontingent von an die 230 syrischen Kämpfern in Aserbaidschan eingetroffen sei, während mindestens 22 Kämpfer vor den heftigen Kämpfen geflohen und nach Syrien zurückgekehrt seien.

Mit der Ankunft einer neuen Gruppe von Kämpfern erhöht sich die bestätigte Gesamtzahl syrischer Kämpfer an der arzachisch-aserbaidschanischen Front auf 2 580. 342 Kämpfer sind nach Syrien zurückgekehrt, nachdem sie „aufgegeben und auf ihre Zahlungen verzichteten haben“.

SOHR hat auch den Tod von neun syrischen Söldnern in den letzten Stunden bestätigt, während die Gesamtzahl der bestätigten Todesopfer unter den syrischen Kämpfern 240 beträgt. Die Leichen von 183 dieser Kämpfer wurden bereits zur Bestattung nach Syrien zurückgebracht.

Frau Vorsitzende,

mit jedem weiteren Tag wird es nicht nur uns, sondern der internationalen Gemeinschaft allgemein immer klarer, dass das größte Hindernis für die Einstellung der Feindseligkeiten die Türkei ist. Außerdem hätte Aserbaidschan wohl ohne die Türkei und ihre Anstiftung wahrscheinlich auf die Anwendung von Gewalt verzichtet. Daher bekräftigen wir unseren Standpunkt, dass die Türkei ihre Truppen und Ausrüstung aus Aserbaidschan und die terroristischen Kämpfer und Dschihadisten aus der Konfliktzone abziehen und von kriegerischen Erklärungen und anti-armenischer Rhetorik Abstand nehmen sollte. Wir fordern die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, Druck auf die Türkei auszuüben, damit diese aufhört, Aserbaidschans zur Fortsetzung der Feindseligkeiten anzustiften, da diese Aktionen der Türkei sowohl im Südkaukasus als auch in der gesamten Region lediglich darauf abzielen, die Lage vor Ort zu verschärfen, was nur zu weiterem Blutvergießen führen kann.

Ich danke Ihnen.

**959. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 965, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Frau Vorsitzende,

die Delegation Aserbaidshans möchte das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) über den jüngsten Stand der anhaltenden Aggression Armeniens gegen Aserbaidshan und deren Folgen im Zeitraum seit der letzten Sitzung des FSK am 21. Oktober informieren.

Die Vereinbarung einer humanitären Waffenruhe, die durch die Bemühungen der Vereinigten Staaten am 24. Oktober in Washington, DC, vermittelt wurde, ist von Armenien fast unmittelbar nach ihrem Inkrafttreten am 26. Oktober verletzt worden. Die armenischen Streitkräfte nahmen die im Dorf Safiyan in der Region Latschin stationierten Teile der aserbaidshanischen Streitkräfte unter Artilleriebeschuss. Später wurden die Stadt Tartar und die Dörfer im Bezirk Tartar intensiv beschossen.

Nach dem jüngsten Treffen der Außenminister von Armenien und Aserbaidshan mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE am 30. Oktober in Genf, bei dem die Kovorsitzenden die Parteien erneut dazu aufgerufen hatten, eine humanitäre Waffenruhe einzuhalten, setzten die armenischen Streitkräfte den intensiven Beschuss von aserbaidshanischen Truppenteilen und zivilen Gebieten in den Bezirken Tartar, Ağdam, Goranboy und Ağcabadi mit schwerer Artillerie und Kleinwaffen fort. Armenien hat damit das vierte Mal in Folge die vereinbarte humanitäre Waffenruhe offen missachtet und verletzt. Das beständige Muster dieser Verstöße durch Armenien ist Ausdruck der vorsätzlichen Missachtung seiner Verpflichtungen und ein Zeichen offener Geringschätzung der Bemühungen internationaler Vermittler. Das steht auch ganz eindeutig im Einklang mit den provokanten und kriegstreiberischen Äußerungen armenischer Amtsträger und Vertreter des unrechtmäßigen Marionettenregimes, das Armenien in den besetzten Gebieten errichtet hat, und bestätigt, dass dieses Land nicht an einer friedlichen Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungsweg interessiert ist und sein Endziel darin besteht, die militärische Besetzung der Gebiete Aserbaidshans aufrechtzuerhalten.

Seit der letzten FSK-Sitzung am 21. Oktober haben die armenischen Streitkräfte trotz der Vereinbarung einer humanitären Feuerpause sowie der jüngsten in Genf eingegangenen Verpflichtung, nicht vorsätzlich auf zivile Gebiete und Infrastrukturen zu schießen, ihre gezielten, systematischen und unterschiedslosen Angriffe auf die Zivilbevölkerung

Aserbaidshans an der Frontlinie und weiter entfernt von der Konfliktzone fortgesetzt. Diese Angriffe erfolgen sowohl von den besetzten Gebieten Aserbaidshans als auch von armenischem Hoheitsgebiet aus.

In diesem Zeitraum standen die aserbaidshanischen Bezirke Tartar, Ağdam, Ağcabadi, Goranboy, Barda, Füzuli, Naftalan, Tovuz, Qazax, Gadabay und Daşkesan unter intensivem Artilleriebeschuss. Am 24. Oktober feuerten die armenischen Streitkräfte eine Rakete vom einem Smertsch 9M528 in Richtung des Dorfes Tapgaragoyunlu im Bezirk Goranboy (Beweisstück 1). Bei einem der Angriffe am 24. und 25. Oktober wurde ein 16-jähriger Junge im Dorf Kabirli im Bezirk Tartar durch ein 300 mm-Geschoss aus einem „Smertsch“-Mehrfachraketenwerfer getötet (Beweisstück 2). Die Streitkräfte Armeniens feuerten auch auf eine Oberschule im Dorf Qaradağlı im Bezirk Ağdam (Beweisstück 3).

Am 24. Oktober 2020 starb ein 13-jähriger Russe, Artur Majakow, im Krankenhaus, in das er nach seiner schweren Verwundung eingeliefert wurde, die er am 17. Oktober durch den Einschlag einer ballistischen Rakete Armeniens auf die Stadt Gandscha davongetragen hatte.

Am 26. Oktober 2020 brach nach dem Beschuss der Region Daşkesan, die außerhalb der Kampfzone liegt, ein Waldbrand in der Bergregion aus. Ein weiterer Brand brach in einem Wald unweit des Dorfes Tazakand des Bezirks infolge des Artilleriefeuers vom 3. November aus (Beweisstück 4).

Am 27. Oktober 2020 wurde eine mit Streumunition bestückte 300-mm-Smertsch-Rakete auf Wohngebiete des Bezirks Barda abgefeuert (Beweisstück 5). Bei diesem Angriff wurden fünf Zivilisten, darunter ein Kleinkind, getötet und 12 Zivilisten verletzt. Am Abend desselben Tages wurde auch der Bezirk Tartar von einem Mehrfachraketenwerfer Smertsch mit Raketen Kaliber 300 mm angegriffen. Durch den Angriff wurde die tartarische Niederlassung der Öffentlichen Aktiengesellschaft Azerxalça schwer beschädigt.

Am Morgen des 28. Oktober 2020 griffen die armenischen Streitkräfte das Stadtzentrum von Barda mit einem Mehrfachraketenwerfer vom Typ Smertsch an (Beweisstück 6). Durch diesen grausamen Terroranschlag wurden 21 Zivilisten, unter ihnen auch Kinder, getötet und mehr als 70 Personen schwer verletzt. Einer der Freiwilligen der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK) wurde getötet, als er der Zivilbevölkerung humanitäre Hilfe leistete. Das war der bislang tödlichste Einzelangriff auf zivile Gebiete von Aserbaidshan, der einmal mehr den terroristischen Charakter der politisch-militärischen Führung Armeniens deutlich machte. Die vorsätzliche Tötung der friedlichen Bevölkerung der Stadt Barda stellt ein weiteres von Armenien begangenes Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Amnesty International bestätigte am 29. Oktober und Human Rights Watch (HRW) am 30. Oktober in ihren jeweiligen Berichten den Einsatz von Streumunition durch Armenien, um Zivilisten in der Stadt Barda zu töten. Amnesty International und HRW identifizierten zwei der von Armenien für Angriffe auf Zivilisten verwendeten Waffen. Dabei handelte es sich um eine Smertsch-Rakete mit Streumunition und eine mit einer Smertsch abgefeuerte Fallschirm-verzögerte hochexplosive Splitterrakete.

Unmittelbar nach den Angriffen auf Barda am 27. und 28. Oktober setzte die Sprecherin des armenischen Verteidigungsministeriums, Schuschjan Stepanjan, über Twitter Erklärungen ab (Beweisstück 7), laut denen die armenischen oder „arzachischen“ Streitkräfte nichts damit zu tun hätten und dass diese Behauptung „nichts als eine Lüge und eine schmutzige Provokation“ sei. Diese Äußerungen suggerieren im Grunde, dass es die aserbaidische Seite sei, die ihre eigene Zivilbevölkerung tötet, was einen absoluten Tiefpunkt darstellt, den die armenische Führung in dem Versuch erreicht hat, ihre Verantwortung für die grausamen Verbrechen gegen die aserbaidische Zivilbevölkerung zu leugnen.

Genau zu der Zeit, als die armenischen Streitkräfte Barda angriffen, verbreiteten armenische Propagandisten Falschmeldungen über die angebliche Bombardierung der Entbindungsklinik in Chankendi durch Aserbaidschan und die Türkei mit F-16-Jets (Beweisstück 8). Es ist klar, dass die freigegebenen Fotos eher ein verlassenes Gebäude als ein funktionierendes Krankenhaus zeigen, da es keine Anzeichen von beschädigten medizinischen Geräten oder einfachsten Einrichtungsgegenständen gibt. Diese Lügengeschichte passt gut zur Desinformationskampagne, die Armenien in großem Stil führt, um die Aufmerksamkeit von seinen abscheulichen Angriffen auf die aserbaidische Zivilbevölkerung abzulenken und diese zu vertuschen.

Da wir gerade von der Desinformationskampagne Armeniens sprechen, möchten wir ein weiteres Beispiel einer äußerst plumpen und unprofessionellen Fälschung zeigen, die von armenischer Seite angefertigt wurde. Wenn Sie sich dieses Bild genauer ansehen, werden Sie feststellen, dass die Hersteller dieser Fälschung sogar vergessen haben, das Netz von der Munition zu entfernen, die angeblich von den aserbaidischen Streitkräften auf zivile Gebiete abgefeuert wurde (Beweisstück 9).

Am 2. November beschossen die armenischen Streitkräfte die Dörfer der Bezirke Ağdam und Ağcabadi. Eines der Geschosse traf eine Schule im Dorf Mahrizli im Bezirk Ağdam und hinterließ schwere Schäden am Schulgebäude (Beweisstück 10). Insgesamt starben seit dem 27. September neun Schulkinder infolge der Bombardierungen durch Armenien; 50 Schulen wurden zerstört oder beschädigt.

Am 3. November beschossen die armenischen Streitkräfte die Stadt Füzuli und die umliegenden Dörfer mit einem Mehrfachraketenwerfer vom Typ „Smertsch“. Auf das Dorf Sahlabad im Bezirk Tartar wurden zwei Artilleriegeschosse abgefeuert. Eines der beiden traf ein Privathaus (Beweisstück 11).

Seit den frühen Morgenstunden des heutigen Tages, 4. November, verschärfen die armenischen Streitkräfte die Spannungen weiter und setzten ihren Beschuss der Bezirke Ağdam, Ağcabadi und Tartar fort.

In der vergangenen Woche hatte das aserbaidische Verteidigungsministerium eine Erklärung veröffentlicht, in der es über die Lieferung großer Mengen von Phosphor an die Truppenteile der armenischen Streitkräfte informierte, die in Richtung des besetzten aserbaidischen Bezirks Xocavend disloziert sind. Zweck dieser Erklärung, wie später bekannt wurde, war es, durch die Verbreitung falscher und fingierter Informationen über die angebliche Verwendung von weißem Phosphor durch die aserbaidischen Streitkräfte die Grundlage für weitere Provokationen Armeniens zu schaffen. Darüber hinaus hat Armenien

unter Verwendung von Munition mit weißem Phosphor die Wälder von Schuscha in Brand gesteckt und damit versucht, Rauch zu erzeugen, um die Sichtbarkeit der von den aserbaidischen Streitkräften eingesetzten Drohnen sowie deren Sicht zu behindern (Beweisstück 12). Das ist Umweltterror und ein weiteres Anzeichen der Verzweiflung, die auf armenischer Seite herrscht.

Wir möchten ferner daran erinnern, dass man von Armenien weiß, dass es mit dem Einsatz von Phosphormunition bereits unrühmliche Erfahrungen hat. Schon 2016, während der viertägigen Eskalation im April, feuerte Armenien Phosphorgeschosse auf das Dorf Askipara im aserbaidischen Bezirk Tartar ab (Beweisstück 13). Die nicht zur Wirkung gelangten Kampfmittel wurden damals neutralisiert. Und vor nicht allzu langer Zeit, am 8. Oktober 2020, feuerte Armenien ein Phosphorprojektil auf den Bezirk Füzuli in Aserbaidschan ab. Glücklicherweise zündete es nicht, und Experten des aserbaidischen nationalen Minenräumdienstes (ANAMA) haben es identifiziert und unbrauchbar gemacht (Beweisstück 14). Zuletzt feuerten die armenischen Streitkräfte gestern, am 3. November, Phosphorgranaten auf das Dorf Sahlabad im Bezirk Tartar ab (Beweisstück 15). ANAMA neutralisierte diese nicht zur Wirkung gelangten Kampfmittel an Ort und Stelle (Beweisstück 16). Diese Fälle eines aktiven Phosphoreinsatzes durch Armenien sind ein Beispiel für seine typischen Schuldzuweisungen und seine Versuche, sich der Verantwortung zu entziehen.

Insgesamt haben seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten am 27. September 2020 die gezielten und wahllosen Angriffe der armenischen Streitkräfte auf die Städte und Dörfer in Aserbaidschan bisher 91 Todesopfer unter Zivilisten gefordert, unter ihnen auch Kinder, Säuglinge, Frauen und ältere Menschen, 405 Zivilisten wurden verwundet; 2 734 private Wohnhäuser, 98 Mehrfamilienhäuser und 500 andere zivile Einrichtungen wurden entweder zerstört oder beschädigt (Beweisstück 17).

Ich möchte das Forum ferner darüber informieren, dass ANAMA im Berichtszeitraum seine Tätigkeit in den Gebieten fortgesetzt hat, die sich sowohl in der Nähe der von der armenischen Aggression betroffenen Konfliktzone als auch in größerer Entfernung davon befinden (Beweisstück 18). Der Tätigkeit von ANAMA ist zu verdanken, dass bis zum 3. November 317 nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel, 1 627 Antipersonenminen, 276 Panzerabwehrminen, Sprengmittel für 460 Panzerabwehrminen, 76 Stück Sprengkapseln, 1 173 Bomblets von Streumunition 9N235 sowie 723 Teile von zur Wirkung gelangten Raketen ausfindig gemacht wurden. Darüber hinaus führten klärten Spezialisten für Minenaufklärung 42 777 Zivilisten über die Gefahren von Minen auf.

Gezielte und wahllose Angriffe der armenischen Streitkräfte auf dicht besiedelte zivile Gebiete Aserbaidschans, auch weit entfernt von der Konfliktzone, deuten darauf hin, dass Armenien damit bezweckt, eine hohe Zahl an Opfern zu verursachen und der Zivilbevölkerung und zivilen Objekten unverhältnismäßigen Schaden zuzufügen. Derartige Angriffe stellen ein Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ein Akt des Staatsterrors, für den alle Täter, auch diejenigen auf der höchsten politisch-militärischen Führungsebene Armeniens, die völkerrechtliche Verantwortung tragen müssen. Trotz der unwiderlegbaren Beweise für die fortgesetzte Bombardierung von Städten und anderen dicht besiedelten zivilen Gebieten in Aserbaidschan leugnet Armenien nach wie vor seine Verantwortung für die grausamen Verbrechen, die im Laufe des Konflikts an aserbaidischen

Zivilisten begangen wurden. In diesem Zusammenhang ruft Aserbaidtschan die Teilnehmerstaaten und die internationale Gemeinschaft als Ganzes auf, die barbarischen und grausamen Methoden der Kriegsführung Armeniens auf das Schärfste zu verurteilen. Diese Akte inhumaner Kriegsführung verlangen nach Gerechtigkeit und Rechenschaft.

Insbesondere bekräftigen wir unseren auf der letzten FSK-Sitzung ausgesprochenen Appell an die OSZE-Teilnehmerstaaten und fordern sie erneut nachdrücklich auf, ihre einschlägigen kollektiv vereinbarten Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension in vollem Umfang umzusetzen, um Armenien jegliche Mittel zu verwehren, weiter Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung Aserbaidtschans mithilfe von Waffen und Munition zu begehen, die Armenien nach wie vor über verschiedene Wege des illegalen Handels von OSZE-Teilnehmerstaaten erhält. Angesichts der unverminderten Angriffe auf die Zivilbevölkerung Aserbaidtschans müssen die betroffenen OSZE-Teilnehmerstaaten unverzüglich Maßnahmen im Sinne ihrer einschlägigen OSZE-Verpflichtungen ergreifen und ihre militärtechnische Zusammenarbeit mit Armenien überdenken

Neben wahllosen Angriffen auf die Zivilbevölkerung setzten die armenischen Streitkräfte im Berichtszeitraum ihre Angriffe auf die Stellungen der aserbaidtschanischen Streitkräfte entlang der Frontlinie fort, um die Kontrolle über Stellungen zurückzugewinnen, die sie im Zuge der aserbaidtschanischen Gegenoffensive verloren hatten. Den Provokationen und Angriffen Armeniens entlang der wiederhergestellten Staatsgrenze zwischen Armenien und Aserbaidtschan, insbesondere zu den kürzlich befreiten Bezirken Qubadli und Zangilan, sollte größere Aufmerksamkeit zukommen. Die armenische politisch-militärische Führung muss nun erkennen und damit rechnen, dass die wiederhergestellte Staatsgrenze zwischen Armenien und Aserbaidtschan in den zuvor von Armenien besetzten Gebieten keine Konfliktzone mehr, sondern eine völkerrechtlich anerkannte Grenze Aserbaidtschans ist, über die Aserbaidtschan volle Hoheitsgewalt besitzt. Die Unverletzlichkeit dieser Staatsgrenzen muss gewährleistet sein, und jede Provokation Armeniens in dieser Richtung wird als Anschlag auf unsere territoriale Integrität gewertet werden.

Wir möchten ferner die Aufmerksamkeit auf die Provokationen Armeniens lenken. Kürzlich veröffentlichte das Verteidigungsministerium Armeniens ein Foto, das den armenischen Verteidigungsminister David Tonojan zusammen mit armenischen Soldaten zeigt (Beweisstück 19). Einer der Soldaten, der neben dem Minister sitzt, trägt eine Militäruniform, die genauso wie die Uniformen aussieht, die der staatliche Grenzschutz der Republik Aserbaidtschan verwendet. Dies ist eine absichtliche Irreführung und ein klarer Fall einer Operation unter falscher Flagge, die nach den Gesetzen und Gebräuchen des Krieges verboten sind. Einige Minuten später löschte der Pressedienst des Verteidigungsministeriums diese Fotos von seinen offiziellen Seiten.

Wir erinnern daran, dass Armenien kürzlich ein völlig unprofessionelles fingiertes Video veröffentlicht hat, in dem ausländische Söldner in Uniformen des aserbaidtschanischen staatlichen Grenzschutzes zu sehen sind, die behaupten, auf Seiten Aserbaidtschans zu kämpfen. Ein armenischer Soldat, der neben dem Verteidigungsminister dieses Landes sitzt, gibt Aufschluss über diese Anschuldigungen Armeniens und beweist, dass Darbietungen dieser Art von Armenien inszeniert werden.

Was den Einsatz von Söldnern und Terroristen betrifft, sind im Berichtszeitraum weitere glaubwürdige Belege für den Einsatz ausländischer terroristischer Kämpfer und

Söldner durch Armenien in der Konfliktzone aufgetaucht. Zusätzlich zu den Informationen, die unsere Delegation auf den jüngsten Sitzungen des FSK und des Ständigen Rates zur Verfügung gestellt und über das Dokumentenverteilungssystem weitergegeben hat, gibt es weitere glaubwürdige Beweise dazu, die von internationalen Medien stammen. Zuletzt war in einer Reportage von Reuters und France 24 die Rede von ausländischen terroristischen Kämpfern und Söldnern aus dem Libanon und Syrien, die gemeinsam mit PKK-Terroristen in den Reihen der armenischen Streitkräfte vertreten sind. Mehr als 300 Söldner wurden von der terroristischen Organisation VOMA rekrutiert. Es handelt sich dabei um Bürger aus verschiedenen Ländern, darunter aus dem Libanon und Syrien, sowie aus einigen OSZE-Teilnehmerstaaten.

Es gibt Hinweise darauf, dass zumindest einige der von Armenien eingesetzten Terroristen die Militäruniform der aserbajdschanischen Streitkräfte tragen, was einen klaren Verstoß gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges darstellt, ganz zu schweigen von den Verpflichtungen betreffend den Einsatz ausländischer terroristischer Kämpfer. Diese Tricks, die Armenien anwendet, können sich als äußerst gefährlich erweisen, da Armenien mit ihrer Hilfe Kriegsverbrechen der aserbajdschanischen Streitkräfte gegen die armenische Zivilbevölkerung inszenieren könnte, indem es seine Soldaten oder ausländische terroristische Kämpfer getarnt als aserbajdschanische Soldaten einsetzt und dann seine gesamten Propagandamittel aufbietet, um Aserbaidschan dafür die Verantwortung zuzuschieben. Dies ist eine gefährliche Entwicklung, und die Delegation Aserbaidschans warnt alle Teilnehmerstaaten vor den nachteiligen Folgen dieser von Armenien angewandten Methode.

Nachdem Armenien seine Kräfte auf dem Schlachtfeld verbraucht hat, rekrutiert es nicht nur weiterhin Söldner und Terroristen, sondern greift in jüngster Zeit auf Kinder zurück, die es als Soldaten in den besetzten Gebieten Aserbaidschans einsetzt. Die kürzlich in sozialen Medien verbreiteten Videos und Fotos belegen eindeutig diese gefährliche und inakzeptable Entwicklung (Beweisstück 20). Durch den Einsatz von Kindern bei militärischen Operationen verletzt Armenien eine Reihe seiner internationalen Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Rechten der Kinder und dem Schutz von Zivilpersonen. Wenn Armenien Kinder als Kombattanten einsetzt, beraubt es sie ihrer Grundrechte, insbesondere des Rechts auf Leben und des Rechts auf Schutz, da Kinder als Kombattanten zu militärischen Zielen werden könnten.

Darüber hinaus scheut Armenien, das sich selbst als „Verfechter“ der Erklärung zum Schutz von Schulen präsentiert, nicht davor zurück, Schulgebäude und sogar Kindergärten für militärische Zwecke zu verwenden. Kürzlich in Umlauf gebrachte Fotos eines Treffens von Kommandeuren der armenischen Streitkräfte in einem Kindergarten beweisen, dass Armenien militärische Hauptquartiere zur Tarnung in Kindergärten unterbringt und damit schwerwiegende Verstöße gegen seine internationalen Verpflichtungen begeht (Beweisstück 21). Die zuständigen internationalen Organisationen müssen diese Fälle gründlich untersuchen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um weitere Verletzungen der Rechte von Kindern durch Armenien zu verhindern.

Es gibt weitere Hinweise darauf, dass Armenien eine Oberschule im Dorf Qirmizi Bazar im besetzten Bezirk Xocavend in Aserbaidschan als Waffen- und Munitionslager benutzt. Das Drohnenvideo des aserbajdschanischen Verteidigungsministeriums zeigt deutlich, wie armenische Soldaten direkt neben dem Schulgebäude Waffen auf einen Militärlastkraftwagen laden. Auf der linken Seite des Bildschirms ist ein Screenshot aus

diesem Drohnenvideo zu sehen, während auf der rechten Seite ein Bild der Schule aus Google Earth samt Standortkoordinaten zu sehen ist (Beweisstück 22). Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass Armenien Kindergärten und Schulen als Deckung für seine Waffen- und Munitionsdepots benutzt, in der Hoffnung, dass Aserbaidschan sie nicht angreift. Aber für den Fall, dass Aserbaidschan so etwas tut, wird es einen „unanfechtbaren Beweis“ dafür geben, um der internationalen Gemeinschaft zu zeigen, dass Aserbaidschan „Schulen“ und „Kindergärten“ angreife. Doch selbst nachdem diese Schule in ein zulässiges militärisches Ziel umgewandelt worden war, haben die aserbaidischen Streitkräfte sie nicht zerstört und nur das Militärpersonal ins Visier genommen, das außerhalb des Schulgebäudes Munition lud.

Wir möchten das Forum weiter davon in Kenntnis setzen, dass Aserbaidschan durch die Gegenoffensive seiner Streitkräfte bis dato 4 Städte, 193 Dörfer und 3 Siedlungen in den aserbaidischen Bezirken Füzuli, Jabrayil, Zangilan, Qubadli, Xocavend und Tartar befreit und damit die Resolutionen 874 und 884 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen umgesetzt hat, in denen der Abzug der armenischen Besatzungstruppen aus diesen Gebieten Aserbaidschans gefordert wird.

Seit Beginn der Gegenoffensive haben das aserbaidische Verteidigungsministerium und andere Behörden wiederholt erklärt, dass die aserbaidischen Streitkräfte nur zulässige militärische Objekte in den besetzten Gebieten Aserbaidschans neutralisieren und nicht auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur zielen, wobei sie sich an das Prinzip der Unterscheidung halten. In der vergangenen Woche haben wir den Ständigen Rat der OSZE über die Maßnahmen informiert, die von der aserbaidischen Seite ergriffen wurden, um sicherzustellen, dass ihre Streitkräfte ihre Pflichten in voller Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht, einschließlich der Genfer Konventionen von 1949 und ihrer Zusatzprotokolle sowie der in den OSZE-Dokumenten verankerten Verpflichtungen, erfüllen. Unsere Erklärung wurde unter dem Aktenzeichen PC.DEL/1476/20 mit Datum 29. Oktober 2020 verteilt.

In der Zwischenzeit nimmt die Menge an militärischer Ausrüstung armenischer Streitkräfte, die von den Streitkräften Aserbaidschans im Zuge unserer Gegenoffensive zerstört und erobert wurde, weiter zu (Beweisstück 23). So zerstörten und eroberten die aserbaidischen Streitkräfte bis zum 4. November 311 Panzer der armenischen Streitkräfte. Zum Vergleich: Im jüngsten jährlichen Austausch militärischer Information im Rahmen des Wiener Dokuments und des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa gab Armenien an, nur 145 Panzer zu besitzen. Unsere Streitkräfte zerstörten und eroberten auch 609 Artilleriegeschütze, wohingegen Armenien laut eigenen Angaben nur 242 Artilleriegeschütze besessen haben wollte. Diese enormen zahlenmäßigen Unterschiede sprechen für sich selbst und verdeutlichen einmal mehr die schwerwiegenden Verletzungen der Verpflichtungen und Zusagen, die Armenien im Rahmen der einschlägigen politisch-militärischen Instrumente eingegangen ist, was wir dem FSK wiederholt zur Kenntnis gebracht haben. Sie offenbaren auch ein hohes Maß an Militarisierung der besetzten Gebiete, deren offensichtliches Ziel die Konsolidierung der unrechtmäßigen Besetzung dieser Gebiete war. Man kann nur mutmaßen, über wie viel militärisches Gerät die armenischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten noch verfügen.

Die Republik Aserbaidschan hält erneut fest, dass die militärische Besetzung von Gebieten Aserbaidschans keine Lösung darstellt und niemals zu einem politischen Ergebnis

führen wird, wie es sich Armenien erhofft. Die Lösung des Konflikts ist nur auf der Grundlage der Normen und Grundsätze des Völkerrechts, wie sie in der Schlussakte von Helsinki verankert sind, und der uneingeschränkten Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Aserbaidschan innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen möglich. Darüber hinaus möchten wir unterstreichen, dass Armenien weitere sinnlose Opfer verhindern und ein Partner im Frieden werden kann, indem es seine Besetzung der Region Bergkarabach und der umgebenden Regionen von Aserbaidschan unverzüglich beendet, wie es in den maßgeblichen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gefordert wird.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.

---

**959. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 965, Punkt 2 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die Delegation der Russischen Föderation hat im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) mehrfach erklärt, dass die Diskussion über Wege zur Weiterentwicklung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) und der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa die allgemeinen politisch-militärischen Gegebenheiten auf dem Kontinent berücksichtigen sollte. Die offizielle NATO-Politik der „Einhegung“ Russlands und des Aufwuchses der militärischen Fähigkeiten der Mitglieder des Bündnisses in unmittelbarer Nähe unserer Grenzen werfen weiterhin einen Schatten auf das grundlegende Prinzip der OSZE, dass Teilnehmerstaaten ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer stärken.

Diesbezüglich haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Umsetzung des *Enhanced Defense Cooperation Agreement*, das von den Vereinigten Staaten von Amerika und Polen am 15. August unterzeichnet wurde, eine qualitative Erhöhung der offensiven Fähigkeiten der US-Kräfte an der „Ostflanke“ vorsieht. Es ist geplant, die Gesamtstärke der US-Truppen auf polnischem Staatsgebiet um 1 000 Mann zusätzlich zu den bereits dort stationierten 4 500 Mann zu erhöhen. Das Abkommen sieht die Errichtung eines vorgeschobenen Gefechtsstands der US-Streitkräfte und von Gefechtsausbildungszentren, die Schaffung der Voraussetzungen für den Einsatz von Heeresflieger- und Lufttransportkräften, unbemannten Luftfahrzeugen, Spezialkräften und auch Versorgungs- und Unterstützungstruppenteilen vor. Es sei daran erinnert, dass die antirussische Grundtendenz dieses Dokuments sowohl von amerikanischen als auch von polnischen Amtsträgern deutlich betont wird.

Diese Pläne ändern die Sicherheitsverhältnisse in Europa und stehen im Widerspruch zu den Bestimmungen der Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation von 1997, die das gemeinsame Ziel festlegt, die Stabilität im euro-atlantischen Raum zu stärken. Wir müssen auch prüfen, wie diese Pläne mit den in der Grundakte festgelegten Verpflichtungen, nicht zusätzlich „substanzielle Kampftruppen“ dauerhaft zu stationieren, vereinbar sind. Wir sehen, dass die Vereinigten Staaten erneut erkennen lassen, dass sie bereit sind, ihre Verpflichtungen aus multilateralen Übereinkommen zurückzustellen, wenn ihre eigenen Interessen dies verlangen.

Wir betonen, dass der Aufwuchs der militärischen Präsenz der Vereinigten Staaten in Polen zu einer Eskalation der Spannungen an den Westgrenzen Russlands führt und das Risiko von unbeabsichtigten Zwischenfällen erhöht. Wir bezweifeln, dass diese Schritte im Einklang mit den Erklärungen der NATO-Führung über ihr Interesse am Abbau von Spannungen in Europa stehen. Anders ist es nicht zu erklären, dass auf die konkreten Vorschläge Russlands zur Deeskalation in der Kontaktzone zwischen Russland und der NATO bis jetzt keine Reaktion erfolgte.

Wir fordern die Mitgliedsstaaten der Allianz auf, zu einer Politik der Zurückhaltung im Geiste der NATO-Russland-Grundakte zurückzukehren und keine Abweichung von den darin festgelegten Grundsätzen und Verhaltensnormen zuzulassen. Wir werden unsererseits den planmäßigen Kurs zur Deeskalation der Lage in Europa fortsetzen. Wir beabsichtigen, die Lage genau zu beobachten, und im Falle weiterer Schritte seitens der Vereinigten Staaten zur Aushöhlung der rechtlichen und vertraglichen Grundlagen der Sicherheit auf dem Kontinent werden wir nicht umhin können, die zur Wahrung unserer legitimen Interessen in Bezug auf die Verteidigungsfähigkeit notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.DEC/6/20  
4 November 2020

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**959. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 965, Punkt 1 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 6/20  
ABHALTUNG EINES SEMINARS ZUR  
MILITÄRDOKTRIN AUF HOHER EBENE**

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) –

entschlossen den Sicherheitsdialog in der OSZE zu fördern,

unter Hinweis auf Absatz 15.7 des Wiener Dokuments 2011, das die Teilnehmerstaaten ermutigt, regelmäßig Seminare zur Militärdoktrin auf hoher Ebene abzuhalten, und die Absätze 30.1 und 30.1.2 über die Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen und die Förderung von Kontakten zwischen einschlägigen militärischen Institutionen, –

beschließt, am 9. und 10. Februar 2021 in Wien ein Seminar zur Militärdoktrin auf hoher Ebene abzuhalten, um Änderungen in den Doktrinen und ihre Auswirkungen auf die Verteidigungsstrukturen im Lichte der derzeitigen europäischen Sicherheitslage zu erörtern.